JÖRN LEONHARD

„... der heilige Eifer des Bücherkastrierens“?
Wandel und Widerspruch politischer Zensur im
deutschen Vormärz bis 1848

Zensur im modernen deutschen Kulturraum

Herausgegeben von
Beate Müller

Sonderdruck aus:
Studien und Texte
zur Sozialgeschichte der Literatur
ISBN 3-484-35094-6

Max Niemeyer Verlag
Tübingen 2003

Inhalt

Vorbemerkung	VII
--------------------	-----

Beate Müller

Über Zensur: Wort, Öffentlichkeit und Macht. Eine Einführung	1
--	---

Jörn Leonhard

»... der heilige Eifer des Bücherkastrierens«? Wandel und Widerspruch politischer Zensur im deutschen Vormärz bis 1848	31
---	----

Jutta Nickel

Die Grammatik der guten Sitten. Zensur als stilbildendes Moment in <i>Ludwig Börne. Eine Denkschrift von Heinrich Heine</i>	47
--	----

Wolfgang Schopf

Die Revolution in Paris, der Zensor in Rom und die Schere im Kopf: Heinrich Heine auf dem Index und in den vatikanischen Geheimarchiven.	67
--	----

Ulrich Dittmann

Fürsorgliche Zensur: Eingriffe in die Texte Adalbert Stifters und ihre Konsequenzen	85
--	----

Andreas Höfele

»Goebbels in reverse?« Re-education und Zensur im deutschen Theater nach 1945	97
--	----

Klaus Kanzog

Ballettzensur. Öffentliche Moral und geschäftliche Interessen: Werner Egks »Faustballett« <i>Abraxas</i> (1948) in der Bayerischen Staatsoper ...	115
--	-----

Joachim Walther

Der fünfte Zensor – das MfS als letzte Instanz	131
--	-----

Colin Riordan

»Der Roman ist für einen Nachdruck in der Demokratischen Republik nicht zu empfehlen«: Uwe Johnson und die Zensur in Ost und West	149
--	-----

»... der heilige Eifer des Bücherkastrierens«? Wandel und Widerspruch politischer Zensur im deutschen Vormärz bis 1848

1. Einleitung: Zensurwirklichkeit und ihr Wandel im deutschen Vormärz bis 1848

Mit dem Sieg über Napoleon setzte in den Staaten des Deutschen Bundes eine neue und intensivierte Diskussion über Ausmaß und Grenzen der Pressefreiheit ein. Dabei kollidierten die nationalpolitischen Hoffnungen und konstitutionellen Wünsche einer sensibilisierten Öffentlichkeit mit den Absichten der einzelstaatlichen Regierungen, den politisch-konstitutionellen und sozialen Wandel nach der Erfahrung der Französischen Revolution und der napoleonischen Epoche möglichst zu kanalisieren und in engen Grenzen zu halten.¹

Gemäß der 1815 verabschiedeten Bundesakte bestand das Hauptziel des Bundes in der »Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Staaten«. Dabei hob der österreichische Staatskanzler Metternich die besondere Bedeutung der Zensur hervor, und entsprechend stellte die Pressepolitik einen der wichtigsten Bestandteile von Metternichs politischer Strategie dar.² Bereits 1816 kam es zu weitgehenden Zeitungsverboten. Die Ermordung des Theaterdichters August von Kotzebue führte 1819 zur Annahme weitgehender pressepolitischer Restriktionen durch den in Karlsbad tagenden Ministerkongreß. Diese Maßnahmen, die im Gebiet des Deutschen Bundes eine strenge Pressezensur einführten, wurden 1824 verlängert und blieben mit einigen Veränderungen nominell bis 1848 in Kraft. Auf einzelstaatlicher Ebene übernahmen besondere Institutionen die Durchführung der Beschlüsse, so in Preußen die *Immediat-Commission zur Ermittlung hochverrätherischer Verbindungen und anderer gefährlicher Umtriebe*.

Zugleich standen diese Maßnahmen 1819 in einem gesamteuropäischen Zusammenhang.³ So fanden die Karlsbader Beschlüsse in den *Six Acts* in Großbritannien als Folge der im Sommer 1819 kulminierenden politischen und sozialen Unruhen sowie in der französischen Pressegesetzgebung vom Mai und Juni 1819 sowie vor allem vom März 1820 ihre Entsprechung. Insofern bewirkte die Folge von Ein-

¹ Vgl. Wolfram Siemann: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871. München 1995, S. 219–224 sowie Helmut Reinalter: Zensur. In: Ders. (Hg.): Lexikon zu Demokratie und Liberalismus 1750–1848/49. Frankfurt/M. 1993, S. 346–350.

² Vgl. J. Marx: Metternich als Zensor. In: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 11 (1954), S. 64ff.

³ Vgl. Robert Justin Goldstein: Political Censorship of the Arts and the Press in Nineteenth-Century Europe. London 1989.

zelereignissen – das Massaker von Peterloo, die Ermordung Kotzebues sowie die des Herzogs von Berry – als symptomatischer Ausdruck je spezifischer politischer Krisenpotentiale in den verschiedenen europäischen Ländern durchaus vergleichbare Reaktionen, zu denen vor allem eine erhebliche Restriktion und Repression der Pressefreiheit zählte.⁴

Nach der Rezeption der französischen Julirevolution 1830, die in zahlreichen deutschen Einzelstaaten zu einer Welle politischer Demonstrationen führte, so vor allem im Hambacher Fest vom Mai 1832 und im Frankfurter Wachensturm vom April 1833, kam es in Frankfurt zur Einrichtung einer Bundes-Zentraluntersuchungskommission und zu den geheimen Wiener Beschlüssen vom Juli 1834, durch die die

⁴ Vgl. zur vormärzlichen Zensur im deutschen Sprachraum: J. Marx: Die österreichische Zensur im Vormärz. Wien 1959; U. Giese: Studien zur Geschichte der Pressegesetzgebung, der Zensur und des Zeitungswesens im frühen Vormärz. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 12 (1964), S. 239ff.; U. Eisenhardt: Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496–1806). Karlsruhe 1970; J. Weyrich: Die Zensur als Mittel der Unterdrückung von liberalen Bestrebungen im österreichischen Vormärz 1830–1848. Wien 1976; H. Adler (Hg.): Literarische Geheimberichte. Protokolle der Metternich-Agenten, 2 Bde. Köln 1977 und 1981; Manfred Tremml: Bayerns Pressepolitik zwischen Verfassungstreue und Bundespflicht (1815–1837). Ein Beitrag zum bayerischen Souveränitätsverständnis und Konstitutionalismus im Vormärz. Berlin 1977; Franz Schneider: Presse, Pressefreiheit, Zensur. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 4. Stuttgart 1978, S. 899–927; H. Wagner: Die Zensur in der Habsburger Monarchie (1750–1810). In: Herbert G. Göpfert (Hg.): Buch- und Verlagswesen im 18. und 19. Jahrhundert. Berlin 1977, S. 28ff.; W. Häussler: Die österreichische Publizistik und ihre Probleme im Vormärz und im Revolutionsjahr 1848. In: E. Zöllner (Hg.): Öffentliche Meinung in der Geschichte Österreichs. Wien 1979, S. 64ff.; Heinz-Dietrich Fischer und Rainer Schöttle (Hg.): Kampf um publizistische Libertät. Schriften und Aktivitäten zu Konzeption, Realisierung und erneuter Einbuße von Pressfreiheit 1830–1833 von Carl Theodor Welcker. Bochum 1981; Heinz-Dietrich Fischer (Hg.): Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts. München 1982; Dieter Breuer: Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland. Stuttgart 1982; Frank Th. Hoefer: Pressepolitik und Polizeistaat Metternichs. Die Überwachung von Presse und politischer Öffentlichkeit durch das Mainzer Informationsbüro (1833–1848). München 1983; Edda Ziegler: Literarische Zensur in Deutschland 1819–1849. München 1983; Wolfram Siemann: Kampf um Meinungsfreiheit im deutschen Konstitutionalismus. In: Johannes Schwartländer und Dietmar Willoweit (Hg.): Meinungsfreiheit. Grundgedanken und Geschichte in Europa und USA. Kehl / Straßburg 1986, S. 173–188; Herbert G. Göpfert und Erdmann Weyrauch (Hg.): »Unmoralisch an sich ...«. Zensur im 18. und 19. Jahrhundert. Wiesbaden 1988; W. Obermaier: Zensur im Vormärz. In: Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien. Wien 1988, S. 622ff.; H. J. Schütz: Verbotene Bücher. Eine Geschichte der Zensur von Homer bis Henry Miller. München 1990; Frederik Ohles, Germany's rude awakening. Censorship in the land of the Brothers Grimm. Kent 1992; Christoph Guggenbühl: Zensur und Pressefreiheit. Kommunikationskontrolle in Zürich an der Wende zum 19. Jahrhundert, Baden-Baden 1995; Michaela Breil: Die Augsburger »Allgemeine Zeitung« und die Pressepolitik Bayerns. Ein Verlagsunternehmen zwischen 1815 und 1848. Tübingen 1996; vgl. für die Phase nach 1848 Richard Kohnen: Pressepolitik des Deutschen Bundes. Methoden staatlicher Pressepolitik nach der Revolution von 1848. Tübingen 1995.

Pressezensur noch weiter verschärft und vor allem institutionell verstärkt wurde. Die Mainzer Zentralbehörde, die in Metternichs Konzept eine grundlegende Rolle spielte, überzog Deutschland und zahlreiche europäische Staaten mit einem Netz von Zuträgern, Agenten, Konfidenten, Spitzeln und Denunzianten.

Die Abfolge dieser äußeren Ereignisse sagt indes wenig über die Wirklichkeit der politischen Zensur aus, über den Wandel ihrer Bedingungen und Wirkungen in der Zeit, über die Vielfalt der Kontexte und über die Strategien, mit denen Akteure und Öffentlichkeit auf diese Bedingungen reagierten. Die folgenden drei Beispiele sollen vor diesem Hintergrund die Vorstellung einer einseitig repressiven Wirkung der politischen Zensur im deutschen Vormärz relativieren und damit auch zu einer Typologie des Zensurbegriffs, zu einer genaueren analytischen Fassung der Zensurwirklichkeit und ihres Wandels in der Phase bis 1848, beitragen. Dabei werden im folgenden bewußt drei unterschiedliche Perspektiven gewählt, durch deren Zusammenschau die Zensur gleichsam aus Sicht der »Objekte« und »Subjekte«, also der von Zensurpolitik Betroffenen wie der Behörden selbst, differenziert werden soll: (1) die Perspektive des politischen Schriftstellers Heinrich Heine als Repräsentant des *Jungen Deutschland*, (2) Programm und Wirklichkeit der Zensur in Preußen sowie (3) der Handlungsspielraum der in Heidelberg erscheinenden *Deutschen Zeitung*, einer führenden und überregionalen Zeitschrift am Vorabend der Revolution von 1848.

2. Die Interdependenz zwischen externer und interner Zensur: Heinrich Heines analytische Ironie

Als Karl Gutzkow die »Notwendigkeit einer Politisierung der Literatur« im deutschen Vormärz konstatierte,⁵ lieferte er damit dem *Jungen Deutschland*, jener Generation politisch sensibilisierter und oppositioneller Schriftsteller, gleichsam das Motto. Heinrich Heine, führender Repräsentant dieser Bewegung und doch auch ihr Außenseiter im französischen Exil, erfuhr wie viele andere Mitglieder, aber doch mit besonderer Sensibilität und durch die Exilsituation in seiner Wahrnehmung geschärft, die Bedingtheiten des Schreibens vor dem Hintergrund der Zensur.⁶ So setzte er sich zeitlebens intensiv mit der Zensur als dem »heiligen Eifer des Bücherkastrierens« auseinander.⁷ In der *Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland* beschrieb er anschaulich und in ironischer Brechung die Folgen der Zensur in Deutschland:

⁵ Karl Gutzkow: Briefe eines Narren. Zitiert nach: Otto F. Best: Handbuch literarischer Fachbegriffe. Definitionen und Beispiele. Frankfurt/M. 1994, S. 261.

⁶ Vgl. Herbert Wolf, Wolfgang Schopf, Dominik Burkard und Gisbert Lepper: Die Macht der Zensur. Heinrich Heine auf dem Index. Düsseldorf 1998.

⁷ Heinrich Heine: Lutetia, Anhang I. In: Ders.: Sämtliche Schriften in zwölf Bdn., hg. v. Klaus Briegleb, Bd. 9. Berlin 1981, S. 500.

Sonderbar! Wir Deutschen sind das stärkste und das klügste Volk. Unsere Fürstengeschlechter sitzen auf allen Thronen Europas, unsere Rothschilde beherrschen alle Börsen der Welt, unsere Gelehrten regieren in allen Wissenschaften, wir haben das Pulver erfunden und die Buchdruckerei; – und dennoch, wer bei uns eine Pistole losschießt, bezahlt drei Taler Strafe, und wenn wir in den »Hamburger Correspondent« setzen wollen: »meine liebe Gattin ist in Wochen gekommen, mit einem Töchterlein, schön wie die Freiheit!« dann greift der Herr Doktor Hoffmann zu seinem Rotstift und streicht uns »die Freiheit.«⁸

Heine war sich der ausgleichenden Funktion eines ungehinderten öffentlichen Diskurses zumal im Vergleich der Erfahrungen zwischen Frankreich und Deutschland sehr bewußt. Nicht zuletzt dieser durch die Exilerfahrung geschärfte Blick ließ die doppelte Wirkung der Zensur erkennen, ihre letztlich kontraproduktive Dimension für den Zensor wie für den Zensierten, den spezifischen Zusammenhang zwischen der extern-repressiven Zensurpraxis und der Selbstzensur mit ihren Konsequenzen für den Schriftsteller, sein Selbstverständnis und den individuellen literarischen Schreibprozeß. Für Heine bestand kein Zweifel daran, daß die politische Zensur gleichsam dialektisch eine viel gewaltsamere Reaktion aus sich selbst hervorbringe:

Das ist ja eben der Segen der Preßfreiheit, sie raubt der kühnen Sprache des Demagogen allen Zauber der Neuheit, das leidenschaftliche Wort neutralisiert sie durch eben so leidenschaftliche Gegenrede, und sie erstickt in der Geburt schon die Lügengerüchte, die von Zufall oder Bosheit gesät, so tödlich frech emporwuchern im Verborgenen, gleich jenen Giftpflanzen, die nur in dunklen Waldsümpfen und im Schatten alter Burg- und Kirchentrümmer gedeihen, im hellen Sonnenlichte aber elendig und jämmerlich verdorren. Freilich, das helle Sonnenlicht der Preßfreiheit ist für den Sklaven, der lieber im Dunkeln die allerhöchsten Fußtritte hinnimmt, eben so fatal wie für den Despoten, der seine einsame Ohnmacht nicht gern beleuchtet sieht. Es ist wahr, daß die Zensur solchen Leuten sehr angenehm ist. Aber es ist nicht weniger wahr, daß die Zensur, indem sie einige Zeit dem Despotismus Vorschub leistet, ihn am Ende mitsamt dem Despoten zu Grunde richtet, daß dort, wo die Ideenguillotine gewirtschaftet, auch bald die Menschenzensur eingeführt wird, daß derselbe Sklave, der die Gedanken hinrichtet, späterhin mit derselben Gelassenheit seinen eignen Herren austreibt aus dem Buche des Lebens. Ach! diese Geisteshenker machen uns selbst zu Verbrechern, und der Schriftsteller, der wie eine Gebälerin während des Schreibens gar bedenklich aufgeregt ist, begeht in diesem Zustande sehr oft einen Gedanken-Kindermord, eben aus wahnsinniger Angst vor dem Richtschwerte des Zensors.⁹

Das Beispiel Heines dokumentiert, daß es im deutschen Vormärz nicht ein einseitig repressiver Zensurbegriff war, der die Arbeit des politischen Schriftstellers bestimmte, sondern eine faktische Kombination aus verschiedenen Faktoren und Wirkungsebenen, aus deren Zusammenwirken erst die Zensurwirklichkeit rekonstruiert werden kann: Neben die behördliche, seit 1819 kodifizierte und institutionalisierte und nach 1830 verschärfte Zensur, trat im Laufe der Zeit die redaktionelle, die in den vielfältigen

⁸ Heinrich Heine: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, Erstes Buch. In: Ders.: Sämtliche Schriften, Bd. 5, S. 542f.

⁹ Heinrich Heine: Einleitung zu: Kahldorf über den Adel in Briefen an den Grafen M. von Moltke, 8. März 1831. In: Heine, Sämtliche Schriften, Bd. 3, S. 658–660; vgl. auch ders.: Französische Zustände, Auszug aus der Handschrift. In: ebd., Bd. 6, S. 774f.

Auseinandersetzungen Heines mit seinem Verleger Campe in Hamburg und den Redaktionen etwa der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* deutlich wurde und die nicht von den ökonomischen Interessen der Verleger zu trennen ist.¹⁰ Davon schließlich ist eine literaturpolemisch-ideologische Zensurebene zu unterscheiden, die innerhalb des Publikums – erkennbar etwa an den zeitgenössischen Auseinandersetzungen mit Wolfgang Menzel oder Ludwig Börne – selbst auf den Dichter zurückwirkte. In ihr wurde nicht zuletzt die inneroppositionelle Spannung und schließliche Spaltung der zeitgenössischen Protest- und Oppositionsbewegung in gemäßigt konstitutionelle Liberale und radikal-demokratische Radikale deutlich.¹¹ Heines ›Schriftstellernöte‹ ergaben sich mithin nicht allein aus der behördlichen Zensur, sondern auch aus den spezifischen Interessenkonflikten zwischen dem Autor, seinen Verlegern, zuständigen Redakteuren und Teilen der literarischen und politischen Öffentlichkeit. Hinzukam schließlich als vierter Faktor noch das Problem der inneren Zensur des Schriftstellers selbst, also die antizipierte Reaktion auf die Zensurbedingungen und deren prägende Wirkung auf den literarischen Schreibprozeß.

3. Die Ambivalenz der politischen Zensurpraxis als Abbild einer Transformationskrise: Das Beispiel Preußens im Vormärz

Der preußische Staatskanzler Hardenberg hieß die strikte Durchführung der Karlsbader Beschlüsse durchaus gut. Während sich aber der preußische Monarch jede Einmischung in die in Preußen besonders virulente Verfassungsfrage durch eine politisierte Öffentlichkeit auf dem Wege von Presseartikeln und Petitionen verbat, suchte Hardenberg durch Zensurmaßnahmen jenen Parteibildungen vorzubeugen, von denen er befürchtete, daß ihr Einsatz für die Verfassung deren Verabschiedung gerade verhindern könne. Das Zensuredikt sollte dem »fanatischen Herüberziehen von Religionswahrheiten in die Politik und der dadurch entstehenden Verwirrung der Begriffe entgegen [...] arbeiten« und alle Versuche unterbinden, »im Lande und außerhalb desselben Parteien und ungesetzmäßige Verbindungen zu stiften, oder in irgend einem Lande bestehende Parteien, welche am Umsturz der Verfassung arbeiten, in einem günstigen Lichte darzustellen«.¹²

Reformorientierte Mitglieder der Verwaltung blieben gegenüber solchen Versuchen der obrigkeitlichen Gesinnungskontrolle von Beginn an skeptisch: Man sei nie

¹⁰ Vgl. etwa Brief Campes an Heine vom 5. November 1833. In: Heinrich Heine, *Sämtliche Schriften*, Bd. 6, S. 910; vgl. auch Edda Ziegler: *Julius Campe. Der Verleger Heinrich Heines*. Hamburg 1976.

¹¹ Vgl. Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*. München 2001, S. 382f.

¹² Verordnung vom 18. Oktober 1819. Zitiert nach: Reinhart Koselleck: *Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848* (zuerst 1967). München 1989, S. 304ff.; dort auch die folgenden Zitate.

imstande, »die Erziehung und Entwicklung vieler Millionen von einem Punkte aus zu leiten«, und schon gar nicht sei es möglich, »die öffentliche Meinung oder besser Überzeugung« durch Zensurlücken zu gewinnen.¹³ Die Ausweitung der Kontrolle auch auf die gebildeten Stände und die Beamten und die Nichtübernahme des im übrigen Gebiet des Deutschen Bundes nach 1819 noch geltenden Toleranzspielraums von zwanzig Bücherdruckbogen, die die Zensur passieren konnten, führte in Preußen sehr bald zu einer wachsenden Kluft zwischen der Intelligenz und dem Staat. Der leitende Ministerialbeamte Raumer zog daraus die Konsequenz und bat um Entlassung aus dem Zensurkollegium. In seinem Entlassungsgesuch betonte er, die Zensur behandle den gebildeten Mann »wie das unerfahrene Kind, das sich in der Lesebibliothek schlechten Zeitvertreib holt«.¹⁴

Die besondere Schärfe der preußischen Zensur trug insofern dazu bei, das während der preußischen Reformphase zumindest temporär enge Verhältnis zwischen Bildungsbürgertum, vor allem der beamteten Intelligenz, und dem als Reformmotor und -garanten verstandenen Staat aufzulösen und damit den Antagonismus zwischen Staat und Gesellschaft zu vertiefen, dem gerade Hardenberg durch konstitutionelle Integration entgegenzusteuern suchte. Zugleich umging die Praxis der politischen Öffentlichkeit die Schranke der Zensur durch vielfältige Strategien, so durch den Umweg über das innerdeutsche und außerdeutsche Ausland. Ein zeitgenössischer Beobachter schrieb 1840 über das deutsche Zeitungswesen: »Der Berliner z.B., während seine einheimischen Blätter ihn mit dem Neuesten aus England und Frankreich versorgen, liest in den Hamburger und Leipziger, in den bayrischen und württembergischen Zeitungen nach, was die Geister Berlins derzeit in Anregung setzt«.¹⁵ So unterlief die Öffnung der Zollgrenzen und ein spezifischer Zensurföderalismus im Deutschen Bund, also die von Bundesstaat zu Bundesstaat variierende Umsetzung der Beschlüsse, eine vollständige Kontrolle. Wer wie Leopold von Ranke in der von der preußischen Regierung offiziell geförderten *Historisch-Politischen Zeitschrift* anregte, man solle nicht nach ausländischen Vorbildern schielen, reflektierte genau diesen Sachverhalt und damit die Folgen der preußischen Zensurpolitik.

Die Ambivalenz der preußischen Zensurpolitik wurde besonders daran deutlich, daß die Berliner Regierung einerseits vorbildliche Gesetze zum Schutz schriftstellerischen Eigentums verabschiedete und andererseits die schärfste Zensurpraxis übte. Dies griff zugleich in die seit der preußischen Reformphase besonders geförderte Gewerbefreiheit ein, indem die Zensurpraxis betroffene Verlage und Druckereien vor den finanziellen Ruin stellte. Zudem registrierten zeitgenössische Beobachter bald, daß die Zensurpraxis und das durch sie verursachte niedrige Niveau der Presse auch dem politisch noch immer vertretenen Ideal einer freien Wirtschaft widersprach,

¹³ Kurt von Raumer: Lebenserinnerungen und Briefwechsel, Theil 2. Leipzig 1861, S. 114.

¹⁴ Ebd., S. 357.

¹⁵ Hippolyt de St. Abran: Das deutsche Zeitungswesen. In: Deutsche Vierteljahrsschrift 1 (1840), S. 52.

wenn sie eine kritische Öffentlichkeit mit »Amts- und Intelligenzblättchen« abzuspeisen suchte.¹⁶

Signifikant für diese widersprüchliche Konstellation war schließlich die Tatsache, daß sich nicht nur die nichtbeamtete Intelligenz, sondern auch die Beamten selbst – so etwa die Minister Rochow und Schön – mit ihren zum Teil kritischen Artikeln an außerpreußische Zeitschriften wandten, so vor allem an die *Augsburger* oder die *Leipziger Zeitung*. Damit verschärfte sich die Kluft zwischen dem kritischen Potential des Bildungsbürgertums und dem Staat immer weiter. Dies wurde zumal 1830 offenkundig, als General Rochow mit einem Kommentar indirekt bestätigte, wie weitgehend die durch die Ereignisse in Frankreich politisierte Öffentlichkeit an Gewicht gewonnen hatte: »Wir haben«, so Rochow, »keine Constitution, aber eine Landwehr, was viel übler ist, denn wir können nur einen Volks-, einen Meinungskrieg führen«.¹⁷ Um der »Cholera der Gesinnung«, gegenüber der sich die Zensur nur als begrenzt erfolgreich erwies, adäquat begegnen zu können, wurde der Plan einer aktiven Meinungssteuerung durch behördliche Unterstützung loyaler Presseorgane entwickelt, die mit den Organen der Verleger Brockhaus und Cotta konkurrieren sollten, um die bildungsbürgerlichen Gruppen wieder erfolgreich an den Staat zu binden.¹⁸ Friedrich Christoph Perthes, der als Nichtpreuße mit diesem Plan beauftragt wurde, forderte: »Die preußische Regierung muß hinaus in die Öffentlichkeit«.¹⁹ Neben die behördlich loyale, aber in ihrer Kritikfähigkeit äußerst beschränkte *Staatszeitung* sollte eine neue *Volkszeitung* treten. Der Plan wurde nicht verwirklicht, und übrig blieb allein die *Historisch-Politische Zeitschrift* unter ihrem obrigkeitsloyalen Redakteur Ranke.²⁰

Das Jahrzehnt, das der Julirevolution folgte, dokumentierte den tiefer werdenden Graben zwischen Staat und Gesellschaft und die besondere Wirkung, der hierbei der Zensur zukam. Aber wiederum blieb die Ambivalenz der Position des preußischen Staates vorherrschend, denn in den Auseinandersetzungen mit dem katholischen Klerus der Rheinprovinz war es gerade die preußische Regierung, die an die öffentliche Meinung appellierte, um den Kampf gegen die katholische Kirche zu popularisieren und sich gegen die Angriffe der entstehenden katholischen Partei zu verteidigen. Hier zeigte sich der Irrtum, den Lorenz von Stein später scharfsichtig erfaßte, wenn

¹⁶ Die Zeitungen und ihre Leser (anonym). In: Deutsche Vierteljahrsschrift 2 (1842), S. 163.

¹⁷ Th. Heinrich R.: Preußen und Frankreich zur Zeit der Julirevolution. Vertraute Briefe des preußischen Generals von Rochow an den preußischen Generalpostmeister von Nagler, hg. von E. Kelchner und K. Mendelssohn-Bartholdy. Leipzig 1871, S. 33.

¹⁸ Ebd., S. 34.

¹⁹ Clemens Theodor Perthes: Friedrich Perthes' Leben nach dessen schriftlichen und mündlichen Mitteilungen aufgezeichnet, Bd. 3. 6. Aufl. Gotha 1872, S. 331f.

²⁰ Vgl. auch Wolfgang Piereth: Propaganda im 19. Jahrhundert. Die Anfänge aktiver staatlicher Pressepolitik in Deutschland (1800–1871). In: Ute Daniel und Wolfram Siemann (Hg.): Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789–1989. Frankfurt/M. 1994, S. 21–43.

er betonte, daß alle präventive Zensur »auf dem tiefen Irrtum beruht, daß die Presse erst die Partei bilde, statt daß sie aus ihr hervorgeht«. ²¹

Hinter dem Zensurbegriff des preußischen Staates im Vormärz stand letztlich ein neoständisches Gesellschaftsideal, das für die einzelnen Stände eine gleichsam gestaffelte Meinungsfreiheit vorsah, wobei die relativ größere Meinungsfreiheit der Beamten und des Bildungsbürgertums edukativ auf die unteren Schichten wirken sollte. Weil aber, wie Reinhart Koselleck klarsichtig formuliert, »Bildung und Loyalität um 1840 nicht mehr identisch« waren, mußte der Versuch, über eine restriktive Pressepolitik zu einer ständespezifischen Gesinnungssteuerung zu gelangen, geradezu zwangsläufig scheitern. ²² Wo die Gesellschaft insgesamt in Bewegung geraten war, begannen auch die Bildungsgrenzen aufzuweichen und eine neoständisch intendierte Zensur gleichsam innergesellschaftlich zu unterminieren.

Die Versuche der 1840er Jahre, dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. 1840 folgend, mit einem gestuften Zensursystem die öffentliche Meinung zu kanalisieren, also den aus der Reformzeit bis 1810/13 stammenden Nimbus der fortschrittlichen und parteilosen Bürokratie zu nutzen, um die politische Gesinnung der Gesellschaft zu steuern, schlugen fehl, vor allem vor dem Hintergrund der sich dynamisch entwickelnden Publizistik. Im *Recklinghauser Wochenblatt* von 1847 hieß es klarsichtig: »Das sogenannte <gesetzliche> Vertrauen bleibt ein Unding, solange die Kunst noch nicht erfunden ist, Gesinnungen durch ein Dekret zu schaffen«. ²³ Als Reaktion auf diese Folgen der temporär gelockerten Zensurmaßnahmen im Rahmen eines gestaffelten Schleusensystems wurde die Zensur am Ende der 1840er Jahre erneut verschärft, nachsichtige Zensoren wurden vermehrt gerügt oder ersetzt. Diese Maßnahmen wurden durch institutionelle Neuerungen ergänzt. So wurde das *Oberzensurkollegium* durch ein *Oberzensurgericht* ersetzt, bei dem ein Staatsanwalt die Interessen des Staates vertrat und dem je ein Mitglied der Berliner Akademie und der Berliner Universität zugeordnet wurden. Diese Abwendung vom administrativen Instanzenzug zu einer richterlichen Institution schien eine Konzession an die konstitutionelle Oppositionsbewegung. Faktisch aber wurden die bisher gültigen Zensurvorschriften auf dem Weg einer nachfolgenden Verordnung zu Gesetzen, die auch das neue Oberzensurgericht direkt band. Wie in diesem System die polizeiliche Zensur ganz von einer Pressejustiz abhängig wurde, die wiederum direkt den Direktiven des Innenministers unterstand, erhellt das Beispiel der zeitgenössischen Berichte über den Schlesischen Weberaufstand von 1844. Wilhelm Wolfs Artikel für die *Breslauer Zeitung* wurden zunächst durch den lokalen Zensor verboten, dann jedoch durch das Oberzensurgericht genehmigt, schließlich aber durch eine besondere Anweisung des Innenministers verboten, der sich das Gericht beugen mußte. ²⁴

²¹ Lorenz von Stein: Zur preußischen Verfassungsfrage (1852). Darmstadt 1962, S. 108.

²² Koselleck, Preußen, S. 423.

²³ Dr. F. Schneider im *Recklinghauser Wochenblatt* Nr. 46 (1847). Zitiert nach: Wilhelm Schulte: Volk und Staat. Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Münster 1954, S. 422.

²⁴ Vgl. Koselleck, Preußen, S. 424f.

Friedrich Wilhelm IV. hatte zunächst vorgesehen, für die oberen Ränge der Gesellschaft – Minister, Oberpräsidenten, Generale – eine völlige Zensurfreiheit zuzulassen und dieser Gruppe sogar eine eigene Zensurbefugnis zuzuerkennen, um die »Masse der Censoren durch höhere Individuen vermehrt« zu sehen, während auf der Stufe der Regierungsräte und Universitätsprofessoren jeder sein eigener Zensor sein sollte.²⁵ Das Vorhaben scheiterte, als sich um 1843 zeigte, daß es gerade in der Verwaltung zahlreiche kritisch gesinnte Beamte gab, die sich der Presse bedienten, um ihre Kritik, zumeist anonym, zu publizieren. Diese Entwicklung, die sich symptomatisch in der Kritik vieler Beamter an der neuen Ehegesetzgebung deutlich zeigte, führte dann in den späteren 1840er Jahren zur erneuten Verschärfung der Zensurpraxis in Preußen.

Wo sich eine scheinbar liberale Praxis in Preußen andeutete, blieb sie zutiefst ambivalent. Als die Akademie der Wissenschaften und die Universitäten 1843 ihr Druckprivileg wiedererhielten, legalisierte dies lediglich einen Zustand, wie er seit 1819 in den übrigen Bundesstaaten geherrscht hatte, nämlich die Freigabe von Werken über zwanzig Druckbogen. Einerseits hoffte der preußische König, damit Wissenschaft und Literatur in den Stand zu versetzen, »einen vollen Einfluß auf das geistige Leben der Nation zu sichern«. Zugleich verbat er sich »die Auflösung der Wissenschaft und Literatur in Zeitungsschreiberei, die Gleichstellung beider in Würde und Ansprüchen«.²⁶ Damit aber ließ sich die in ihrer Artikulations- und Mobilisierungsfähigkeit dynamische Öffentlichkeit, die gerade keine bloße Ableitung des Staatsinteresses mehr war, weder erfassen noch kanalisieren.²⁷ Zumal die linke und rechte Hegelschule bewiesen, wie sich tagespolitische Fragen geschichtsphilosophisch ideologisieren und durch die neuen Medien der Zeitungen und Zeitschriften sowie durch die neuen Institutionen, v.a. Lesevereine und Leihbibliotheken, popularisieren ließen.²⁸ Den gleichen Widerspruch wie der preußische König ließ auch Ranke als Verantwortlicher der *Historisch-Politischen Zeitschrift* erkennen, als er formulierte: »den Ausdruck der Gedanken hätte man frei zu geben, den Ausbruch der Leidenschaften zu verhüten«.²⁹ Solcher Sophismus gab die behördliche Pressepolitik angesichts der Leidenschaftlichkeit tagespolitischer Diskussionen, zumal in den 1840er Jahren, der Lächerlichkeit preis.

Hinter der Ambivalenz der Zensurpolitik und -wirklichkeit in Preußen stand die grundlegende Erfahrung eines strukturellen Umbruchs und der durch ihn hervorge-

²⁵ Alfred Stern: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, 10 Bde. Berlin 1894ff., hier Bd. 5, S. 135.

²⁶ Kabinettsorder vom 4. Februar 1843 und Censurinstruktion vom 31. Januar 1843. Zitiert nach: Koselleck, Preußen, S. 426.

²⁷ Vgl. Franz Schneider: Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848. Neuwied 1966.

²⁸ Vgl. Georg Jäger und Jörg Schönert (Hg.): Die Leihbibliothek als Institution des literarischen Lebens des 18. und 19. Jahrhunderts. Hamburg 1980 sowie Otto Dann (Hg.): Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein europäischer Vergleich, München 1981.

²⁹ Leopold von Ranke. In: Historisch-politische Zeitschrift 1 (1832), S. 382.

rufenen Widersprüche: Indem die soziale Wirklichkeit nicht mehr der ständischen Rangordnung entsprach, an der der Staat trotz des gesellschaftlichen Wandels als Ideal festhielt, verfehlte auch die Zensur ihr Ziel. Denn wo der Staat sie einsetzte, um eine korporativ gestaffelte Meinungsfreiheit zu etablieren, waren zumal Literatur und Publizistik längst zu jenen Sphären avanciert, in denen die ständischen Schranken am offensichtlichsten transzendiert werden konnten. Bildung entzog sich mithin dem Versuch, durch Zensur zu einem Loyalitätsinstrument zu werden, mit dem sich eine neoständische Ordnung noch stabilisieren ließ. Der behördlichen Vorstellung, daß dem Bildungs- auch ein Loyalitätsgefälle entspreche, widersprach die Wirklichkeit der 1840er Jahre. Auch die halbstaatlichen Lehrerkonferenzen und Lesezirkel konnten die ärmsten der gebildeten Stände nicht wirksam kontrollieren. Vielmehr entwickelten sich gerade Lesevereine und Leihbibliotheken zu Foren und gleichsam abgeschirmten Residuen der radikal-demokratischen Opposition vor Ausbruch der Revolution von 1848.³⁰ Innerhalb des vormärzlichen Vereinswesens vollzog sich unter der Oberfläche anscheinend kulturellen und erzieherischen Zwecken verpflichteter Vereine eine Fundamentalpolitisierung, der mit einer behördlichen Zensurpolitik nicht mehr beizukommen war, und die in ihrer sozialen Tiefenwirkung weit über das etablierte Bildungsbürgertum hinauswies.³¹

1842 wurden die Oberpräsidenten der preußischen Provinzen angewiesen, in regelmäßigen Abständen Berichte über Charakter, Tendenz und Verbreitung der Zeitungen und Zeitschriften nach Berlin zu senden, um so die Zensurpraxis der dynamischen Entwicklung der Öffentlichkeit anzupassen. Dies erkannte implizit Existenz und Wirkung der sich politisch artikulierenden Öffentlichkeit an, deren publizistische Freiräume schon nicht mehr durch die Zensur erreicht werden konnten. Wilhelm Schulz hob in diesem Sinne »hunderte von privilegierten Asylen« hervor, die die Zensur dulde.³² Damit sperrte sich der Begriff der kritischen Öffentlichkeit gegen die staatliche Vorstellung einer ständisch gestaffelten Öffentlichkeit mit entsprechenden Zensurschleusen.

Am Vorabend der Revolution war die Frage der Grenze zwischen Zensur und Öffentlichkeit in Preußen zur Verfassungsfrage geworden, von der die Positionierung des Monarchen und der Staatsverwaltung direkt abhing. Denn als die Presse über Rechte und Kompetenzen der Provinzialstände und des Königs zu berichten begann, verbot der Innenminister einen »öffentlichen Federkrieg«, durch den sich die Presse als dritte Instanz neben Ständen und Monarch etablieren könne: »Wo die Regie-

³⁰ Vgl. zum sozialhistorischen Kontext der »Kommunikationsrevolution« insgesamt Rolf Engelsieg: *Analphabetentum und Lektüre. Zur Sozialgeschichte des Lesens in Deutschland zwischen feudaler und industrieller Gesellschaft*. Stuttgart 1983.

³¹ Vgl. als paradigmatische Studie zum vormärzlichen Vereinswesen Cornelia Foerster: *Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes*. Trier 1982 sowie im Überblick Otto Dann (Hg.): *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland*. München 1984.

³² Zitiert nach: Koselleck, *Preußen*, S. 431.

rung durch eine Fiktion [i.e. eine geschriebene Verfassung mit gewählter politischer Gesamtrepräsentation des Volkes in einer preußischen Nationalversammlung nach süddeutschem Vorbild] von der Person des Monarchen getrennt wird, da mag eine solche Zeitungspolemik zulässig sein, wo aber wie bei uns der Landesherr, der zu den Ständen spricht, der Monarch selber ist, da muß die Kritik schweigen«.³³

Somit hatte die wechselvolle und durchaus widersprüchliche preußische Zensurpraxis eine doppelte Konsequenz: Der Widerspruch zwischen Repression und relativer Lockerung nach 1840 ergab sich aus dem Ziel einer neoständisch gestaffelten Meinungsfreiheit und einem letztlich staatsorientierten Begriff von Öffentlichkeit, der sich mit dem der liberalen und radikal-demokratischen Opposition nicht mehr verbinden ließ. Die Strategie, die Zensur zum Mittel der Staats- und Gesellschaftsintegration zu machen, schlug damit fehl. Mehr noch: Extern entfremdete sie die kritische Intelligenz dem Staat und trug vor allem zum rapiden Autoritätsverlust der Beamtenschaft in der Öffentlichkeit bei, vertiefte mithin den Antagonismus von Staat und Gesellschaft und ließ das Hegelsche Ideal der Beamtenschaft als interessevermittelnder «allgemeiner Stand» Makulatur werden. Intern scheiterte das Bemühen, durch die Zensur bürokratische Gesinnungstreue und politische Loyalität der Beamten zu sichern, vielmehr spaltete sich hier eine liberale Minderheit von der zur Exekutive reduzierten Verwaltungsmehrheit ab. Die Zensurpraxis legte die Widersprüche zwischen unzeitgemäßem Gesellschafts- und Politikideal und der Wirklichkeit erst offen. Aus der Sicht des Staates wirkte die Zensur als Loyalisierungsinstrument zunehmend kontraproduktiv: Anstatt Loyalität zu generieren, wirkte sie polarisierend und interessenfragmentierend. Die Ursache dafür lag aber nicht in der Ineffizienz der Zensur; ihre Widersprüche und Grenzen waren vielmehr die Folge des politischen und gesellschaftlichen Wandels, des langfristigen Endes der alständischen Lebenswelt und ihrer Ordnungsvorstellungen.

4. Von der Kommunikationsrevolte zur revolutionären Öffentlichkeit: Die Aushöhlung des vormärzlichen Zensurbegriffs in der Praxis der *Deutschen Zeitung* am Vorabend der Revolution von 1848

Die 1847 in Heidelberg von führenden Mitgliedern der liberalen Opposition gegründete *Deutsche Zeitung* konstituierte sich als Presseorgan mit nationalem Anspruch und innovatorischen Organisationsstrukturen hinsichtlich seiner Finanzierung, der Einführung eigener Leitartikel, eines weit verzweigten Korrespondentennetzes und einer modernen Ressortaufteilung. Sie offenbarte zugleich einen gewandelten Begriff von Öffentlichkeit, der sich einem repressiven Zensurbegriff längst entzog,

³³ Arnim an den Regierungs-Präsidenten von Gerlach, 13. Februar 1844. In: Joseph Hansen: Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, Bd. 1. Essen 1919, S. 638.

stattdessen vorhandene Spielräume nutze und sich offensiv mit den Mechanismen der politischen Öffentlichkeit auseinandersetzte.³⁴

Dazu gehörte zunächst die Institutionalisierung einer internen Meinungskontrolle: Um der Zeitung noch einen weitergehenden »Kreis entfernterer Locale und Mitarbeiter« zu sichern, wurde auf Vorschlag des Herausgebers Georg Gottfried Gervinus eine *Zensorische Direktion* gebildet, die das Blatt beobachten, sich eine Meinung bilden und »als theoretische Controlle dies der Redaction, der praktischen« zukommen lassen sollte. Diese Innovation entsprach der eines modernen Aufsichtsrats und machte eine kontinuierliche innere Vorzensur der Zeitung möglich. Die Mitglieder des Komitees sollten keinen direkten Einfluß auf das redaktionelle Tagesgeschäft haben, konnten aber die politische Richtung kommentieren.³⁵

In Baden wurden bereits vor 1848 gerade von staatlicher Seite neue und offensivere Maßnahmen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung diskutiert. Dies reflektierte zum einen die engen Grenzen, die einer vollständigen Kontrolle gesetzt waren. Auf der anderen Seite zeigte sich, daß hier die Behörden zahlreiche überkommene Zensurmaßnahmen als zunehmend anachronistisch empfanden. Hinzukam der Sonderfall, daß in Baden Zeitungen nicht selbst verboten werden konnten; vielmehr entzog man einer Druckerei die Konzession oder verweigerte deren Erteilung, eine Regelung, die von der Opposition entsprechend ausgenutzt wurde. All dies trug zur Unterhöhlung des Zensurgebots bei. Zu den in Baden vor diesem Hintergrund besonders intensiv diskutierten Vorschlägen zählte auch die Subventionierung regierungsloyaler Organe.

Der Chef der badischen Regierung Bekk stand der *Deutschen Zeitung* mehr als wohlwollend gegenüber, spiegelte der gemäßigte Konstitutionalismus und das nationale Programm doch ganz seine eigene politische Haltung wider. Zugleich entsprach Bekk auch der badischen Pressepolitik, die innenpolitisch einen relativ weiten Spielraum ließ, »die tunlichste Freiheit zu lassen, weil ein System der Niederhaltung freier Meinungsäußerung nicht mehr haltbar ist«, wie das Innenministerium im Februar 1848 an das Stadtamt Mannheim schrieb.³⁶ Außenpolitisch dagegen blieben die Handlungsspielräume beschränkt, da die übrigen deutschen Regierungen den badischen Kurs mit Argwohn betrachteten. Dennoch erwies sich die persönliche Unterstützung der *Deutschen Zeitung* durch Mitglieder der badischen Regierung als unersetzbare Hilfe. Die enorme Spannweite von Zensurbedingungen zeigte sich, als der Zeitung nach mehreren preußenkritischen Artikeln im Spätherbst 1847 das Verbot in Preußen drohte. Gervinus schrieb drei Wochen nach Erscheinen der ersten Nummer an den rheinpreußischen Liberalen David Hansemann: »Wir wissen aus bester Quelle, daß nach den ersten vier Nummern in Berlin die Rede vom Verbot war und daß Herr

³⁴ Vgl. im folgenden Ulrike von Hirschhausen, *Liberalismus und Nation. Die Deutsche Zeitung 1847–1850*. Düsseldorf 1998, S. 112–116.

³⁵ Gervinus an Dahlmann, 17. Dezember 1846. In: Eduard Ippel (Hg.), *Briefwechsel zwischen Jakob und Wilhelm Grimm, Dahlmann und Gervinus*. Berlin 1885/86, S. 299; vgl. Hirschhausen, *Liberalismus*, S. 27, dort auch die folgenden Zitate, S. 113–116.

³⁶ Badisches Ministerium des Inneren an das Stadtamt Mannheim, 5. Februar 1848.

v. Radowitz dazu schürte [...] Treten wir nicht so auf, daß wir jede kleinste Handhabe darzubieten vermeiden, so ist das Blatt in Preußen unmöglich gemacht«. ³⁷ Auf die vehementen Versuche preußischer Behörden, die badische Regierung durch offizielle Beschwerden zu einem Einschreiten gegen das Blatt zu bewegen, antwortete das Karlsruher Ministerium:

wenn auch mitunter eine etwas wieder zu scharfe Kritik in dem Blatte erscheinen sollte, so wird daraus die k.[öniglich] Preußische Regierung bei dem im Allgemeinen sonst soliden Gang der Zeitung wohl nicht so leicht Anlaß nehmen, den Debit desselben zu verbieten. Ein Blatt, welches auf die öffentlichen Verhältnisse einwirken will, muß wohl eine (mitunter unangenehme) freie Sprache führen, sonst genießt es das Vertrauen nicht, welches nöthig ist, um in geeigneten Fällen die etwas gesteigerte öffentliche Meinung in eine gemäßigte Bahn zu führen. ³⁸

Als die kurhessische Regierung sich wegen kritischer Artikel der *Deutschen Zeitung* bei der badischen Regierung beschwerte, überwies diese den Fall zunächst in dila-
torischer Absicht an die zuständige Stadtbehörde in Heidelberg, die die Zensurlücke mit Ausflüchten zu entschuldigen suchte. Die kurhessischen Behörden wandten sich daraufhin offiziell an den Bundestag in Frankfurt, erhoben Beschwerde und forderten die Regierung in Karlsruhe auf, der verbindlichen Zensurpflicht endlich konsequenter nachzukommen. Die offizielle Antwort aus Karlsruhe dokumentierte eindrücklich die weitgehende Aushöhlung der Zensur und die engen Grenzen ihrer Wirksamkeit vor dem Hintergrund des deutschen Zensurföderalismus:

Die kurhessische Regierung scheint übrigens den Verhältnissen unserer Zeit nicht die gebührende Rechnung zu tragen, indem sie glaubt, es sei in einem Verfassungsstaat, in welchem sich das öffentliche Leben bis zu einem gewissen Punkt entwickelt hat, möglich, freimüthig tadelnde oder mißbilligende Äußerungen der Presse über Vorfälle zu unterdrücken, die nun einmal bezüglich auf Kurhessen vorliegen, und bei ihrer Natur die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen mußten. Die Verhältnisse der Bundesstaaten sind sich in bezug auf die Presse nicht gleich, und was Kurhessen in demselben ohne Gefahr für die Ruhe seines Landes oder doch ohne Gefahr des Verlustes des Vertrauens der Regierung im Lande unterdrücken zu können glaubt, können wir bei den Verhältnissen unseres Staates oft nicht mit gleicher Beruhigung verhindern. ³⁹

Im Falle der Heidelberger *Deutschen Zeitung* waren es das gemäßigte konstitutionelle und nationalpolitische Programm, das im Zusammenspiel mit offener persönlicher Unterstützung durch führende badische Politiker und überhaupt den guten Verbindungen zu führenden Politikern das weitgehende Fehlen einer repressiven Zensur bedingte. ⁴⁰ Hier zeigte sich zugleich, daß diese Faktoren sich auch gegen schärfere

³⁷ Gervinus an Hansemann, 22. Juli 1847. In: Joseph Hansen (Hg.), Briefe, Bd. 2, S. 308f.

³⁸ Mitteilung des badischen Innenministeriums vom 13. Februar 1848.

³⁹ Erklärung des badischen Innenministeriums an das badische Außenministerium vom 5. Februar 1848.

⁴⁰ Vgl. auch Hanno Tauschwitz: Presse und Revolution 1848/49 in Baden. Heidelberg 1981 sowie Hildegard Müller: Liberale Presse im badischen Vormärz. Die Presse der Kammerliberalen und ihre Zentralfigur Karl Mathy 1840–1848. Heidelberg 1986.

Zensurstrategien in anderen Bundesstaaten wie Preußen oder Kurhessen verteidigen ließen, und zwar nicht von den Mitgliedern der Redaktion selbst, sondern in offiziellen Verlautbarungen der badischen Regierung in Karlsruhe. Schon vor dem Ausbruch der Revolution von 1848 zeigte sich in Baden, wie die 1819 im Deutschen Bund etablierte Zensurpflicht als politisches Gebot der Restauration ihre Wirksamkeit weitgehend eingebüßt hatte und entsprechend dem konstitutionellen und politisch-partizipatorischen Entwicklungsstand von Staat und Gesellschaft im Großherzogtum Baden als anachronistisches Relikt galt.

5. Zusammenfassung: Kategorien, Typologien und Widersprüche der politischen Zensur im deutschen Vormärz

- a) Die vorgestellten drei Beispiele lassen zumindest in Umrissen die Problematik und Komplexität des Zensurbegriffs im deutschen Vormärz deutlich werden. Eine einseitige Perspektive, sei es die Konzentration auf behördliche Maßnahmenkataloge oder die Opferperspektive des zensierten Schriftstellers, verdeckt dabei die Interdependenz verschiedener Faktoren und Wirkungsebenen.⁴¹
- b) Das Beispiel Heinrich Heines zeigt, daß zu verschiedenen Formen der externen Zensur – als behördlicher Eingriff, als redaktioneller Vorgriff und als Polemik des Publikums – die interne, die Selbstzensur des Dichters als antizipierte Reaktion, trat. Erst aus der Interaktion zwischen diesen unterschiedlichen Wirkungsebenen läßt sich die Wirkung der Zensur begreifen.
- c) Im Falle der preußischen Zensurpolitik und -praxis zeigte sich symptomatisch, wie die Zensur als neoständisch intendierte Gesinnungs- und Gesellschaftssteuerung scheiterte, weil sich der politische und gesellschaftliche Wandel, der sich im Begriff der Öffentlichkeit gleichsam kristallisierte, einer solchen Steuerung und Kontrolle zunehmend entzog. Das ließ die Zensur – trotz einzelner innovatorischer Maßnahmen, etwa im Versuch, loyale und zugleich angesehene Periodika zu etablieren – am Ende als einseitig repressives Kontrollinstrument erscheinen und führte zu einer doppelten Polarisierung: Einerseits entfremdete die Zensurpraxis die bildungsbürgerliche Intelligenz dem Staat, indem wachsende Teile der Beamtenschaft das Vertrauen in den eigenen Staat verloren – ein wesentliches Ferment revolutionärer Spannung, weil sich hier die Legitimationskrise intern ankündigt. Das während der Reformphase des preußischen Staates zu Beginn des 19. Jahrhunderts so intensive Zusammenwirken von Regierung und Verwaltung wurde nicht zuletzt durch die widersprüchliche und letztlich kontraproduktive Zensurpraxis infrage gestellt. Mindestens aber verlor die Verwaltung den Nim-

⁴¹ Vgl. Wolfram Siemann: Ideenschmuggel. Probleme der Meinungskontrolle und das Los deutscher Zensoren im 19. Jahrhundert. In: *Historische Zeitschrift* 245 (1987), S. 71–106.

bus der Unparteilichkeit. Andererseits bewirkte die staatliche Zensurpraxis eine Vertiefung des Konflikts zwischen Staat und Gesellschaft, zumal im Hinblick auf die bildungsbürgerliche Intelligenz, aber nicht nur allein auf sie beschränkt. Die Diskrepanz zwischen Zensuranspruch und Wirklichkeit konnte zudem als Zeichen für die abnehmende Macht der Behörden gewertet werden, die kritische und protestbereite Öffentlichkeit überhaupt noch wirksam zu kontrollieren.

- d) Die Struktur des Deutschen Bundes, aber auch der unterschiedliche konstitutionelle Entwicklungsstand in den Einzelstaaten ließ einen ausgesprochenen Zensurföderalismus entstehen, der der Artikulations- und Mobilisierungsfunktion einer politisch sensibilisierten Öffentlichkeit entgegenkam. Dies zeichnete sich bereits vor Ausbruch der Revolution von 1848 ab. Das Beispiel der *Deutschen Zeitung* in Heidelberg dokumentiert, daß sich unter spezifischen Bedingungen ein kommunikativer Wandel vollzogen hatte, der mit den traditionellen Mitteln behördlich institutionalisierter Zensur weder zu erfassen noch zu kanalisieren war. In Baden kamen zum Selbstbewußtsein der liberal-konstitutionellen Herausgeber der Zeitung, gewachsen im konstitutionellen Umfeld des badischen Vormärz, das soziale Kapital, also vielfältige persönliche Netzwerke der Herausgeber und Redakteure, sowie die Aufgeschlossenheit der Regierung, ein Organ des gemäßigten Liberalismus zu fördern, und zwar auch gegen den ausgesprochenen Widerstand anderer Bundesstaaten. Hier war die repressive Zensurpraxis bereits vor Ausbruch der Revolution 1848 von einem neuen Begriff der Öffentlichkeit transzendiert worden. Dieser aber reflektierte nicht mehr eine staatsgelenkte Meinung, sondern gründete auf einem Medien- und Meinungspluralismus, der den politischen Aufbruch von 1848 schließlich auch zu einer Kommunikationsrevolution werden ließ.

Michael Westdickenberg

»... somit würde man die Darstellung abschwächen, daß dogmatisches Verhalten, Karrieristentum, Fehler im Justizapparat gesetzmäßig wären.«
Die Zensur von Prosaliteratur der DDR in den sechziger Jahren
am Beispiel von Manfred Bieler's Roman *Das Kaninchen bin ich*. 163

Holger Brohm

Der andere Text. Zum Status von Zensur und Selbstzensur
in Franz Fühmann's Trakl-Essay *Vor Feuerschlünden*. 181

Beate Müller

Hinter verschlossenen Türen auf der Bühne deutsch-deutscher Öffentlichkeit:
Publikationsgeschichten über Jurek Beckers verbotenen Roman
Schlaflose Tage. 195

David Robb

Zwischen Zensur und Förderung: Das Liedertheater Karls Enkel
in der DDR. 215

Register 235